

Pressestelle

Oranienstraße 106, 10969 Berlin

Tel.: (030) 9028 - 2743

Fax: (030) 9028 - 2053

Pressemitteilung

4. September 2006

Knake-Werner: Bundesrat soll Verbraucherinformationsgesetz nicht zustimmen

Berlins **Verbraucherschutzsenatorin Dr. Heidi Knake-Werner** erklärt anlässlich des jüngsten Lebensmittelskandals in Bayern: "Das Seehofersche Verbraucherinformationsgesetz, das noch im September den Bundesrat passieren soll, wird seinem Titel in keiner Weise gerecht. Es weckt Erwartungen bei Verbraucherinnen und Verbrauchern, die es nicht erfüllen kann und die die Bundesregierung wohl auch nicht erfüllen will. Daher bedarf es einer grundlegenden Überarbeitung. Berlin hat das im federführenden Ausschuss des Bundesrates beantragt.

Der im Gesetz gewährte Informationsanspruch bezieht sich ausschließlich auf Behörden und lässt die Unternehmen weitgehend außen vor. Das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in Sicherheit und Qualität von Lebensmitteln lässt sich nur durch eine Einbeziehung der Unternehmen in den Informationsanspruch wieder herstellen. Eine offene und auf Transparenz und Qualitätswettbewerb bedachte Informationspolitik der Hersteller ist dafür die entscheidende Voraussetzung. Dazu gehört auch, dass die Beteiligten klar benannt werden können.

Unternehmen, die vorsätzlich oder wiederholt gegen grundlegende Bestimmungen des Lebensmittelrechts verstoßen, müssen drastischer und wirksamer zur Verantwortung gezogen werden. Das geschieht sehr effektiv über die Veröffentlichung der 'schwarzen Schafe'."